den interparlamentarischen Friedenscongreß nieder und lud das Comité zugleich ein, die Ernennung des definitiven Präsidenten vorzunehmen. Das Comité nahm die Mittheilung zur Kenntniß und wird bald zur Wahl eines definitiven Präsidenten schreiten.

* Die französische Regierung beschloß diejenigen Bischöfe, welche das Rundschreiben des Cultusministeriums ungebührlich beantwortet hatten, zur Rechenschaft zu ziehen.

* Der schweizerische Bundesrath setzte die Volksabstimmung über den Ankauf der Centralbahn auf den 6. December d. J. fest.

* Die für die englische Regierung sehr wichtige Frage, wer an Stelle des verstorbenen W. H. Smith die Führung des Unterhauses übernehmen werde, ist allem Anscheine nach entschieden. Nachdem der Präsident des Handelsamtes Sir M. Hicks-Beach, der das Amt im Jahre 1885—1886 bekleidete, das Amt abgelehnt hatte und am Donnerstag auch Mr. Goschen in Cambridge Balfour als den Würdigsten bezeichnete, ist diesem der Posten zugleich mit dem des ersten Lords des Schatzamtes angeboten worden. Balfour wird jedenfalls annehmen. Die Wahl trifft keinen Unwürdigen. Balfour, ein naher Verwandter Lord Salisbury's, hat als Obersecretair für Irland gezeigt, daß er große Thatkraft und Unerschrockenheit besitzt. Im Parlamente war er schlagfertig und gewandt. Freilich ist er zugleich wegen seiner Rücksichtslosigkeit bei der Opposition, besonders bei der irischen Partei schlecht angeschrieben. Auch fehlt es ihm wohl an der Ruhe und Sachlichkeit, die den im Uebrigen trocknen und langweiligen Smith auszeichneten. Das Tempo der Verhandlungen des Unterhauses dürfte unter seiner Leitung ein lebhafteres werden, doch wird es an Kämpfen mit der Opposition nicht fehlen. Man meldet aus London vom 16. October: Lord Salisbury bot gestern Balfour die Führerschaft des Unterhauses zusammen mit dem Posten des ersten Lords des Schatzamtes an. Sollte Balfour die beiden mit einander verknüpften Posten annehmen, so würde Jackson, gegenwärtig Finanzsecretair des Schatzamts, an seiner Stelle Obersecretair für Irland werden. Im Laufe einer gestern in Cambridge gehaltenen politischen Rede sagte Goschen, Balfour habe über das irische Gespenst triumphirt, nichts sei daher natürlicher, als daß er im Hause der Gemeinen die Führung der Unionisten in den weiteren bevorstehenden Kämpfen übernehme.

* Wie aus London berichtet wird, hat zwar das englische Cabinet die türkische Note, betreffend die Durchfahrt der russischen Schiffe durch die Meerenge, in Uebereinstimmung mit den Cabineten der Dreibundmächte beantwortet, welche die Pforte in nicht mißzuverstehender Weise beim Worte genommen, daß ein Abweichen von den vertragsmäßigen Bestimmungen nicht vorgekommen und nicht beabsichtigt sei; doch hat man es englischerseits nicht unterlassen, die Pforte darauf aufmerksam zu machen, daß, sofern sich für Rußland bezüglich der Durchfahrt seiner Schiffe Begünstigungen ergeben sollten, dieselben auch für die englischen Schiffe, beziehungsweise für die Schiffe aller Vertragsmächte gelten müßten.

* Nach einem Telegramm der „Times" aus Melbourne ist das Ministerium Parkes zum Rücktritt entschlossen. Die Krisis wurde dadurch veranlaßt, daß in den Commissionsverhandlungen über die Einführung des Achtstundentages in den Kohlenbergwerken der Antrag Parkes auf Zurückweisung des Gesetzentwurfes an die Arbeitscommission mit 8 Stimmen Majorität verworfen wurde.

* Nach eingehenden Studien und Versuchen hat das spanische Kriegsministerium für die spanische Infanterie das Mauser-Gewehr angenommen. Dieser Umstand bot Anlaß zu dem Gerüchte, daß die deutsche Regierung der spanischen eine ansehnliche Anzahl solcher Gewehre überlassen habe und hieran wurde des Weiteren die inzwischen officiell dementirte Combination geknüpft, daß Spanien sich der Tripel-Allianz angeschlossen habe. Dieses letztere Gerücht wurde namentlich von den in Paris lebenden Republikanern, insbesondere von Ruiz Zorilla, in der Absicht verbreitet, die Regentschaft und die Regierung bei der Bevölkerung Spaniens einer antinationalen Politik zu verdächtigen und die Sympathien der französischen Chauvinisten für die spanischen Republikaner wachzurufen. Thatsächlich hält jedoch Canovas de Castillo nach wie vor an dem Grundsatze fest, daß für Spanien die durch dessen geographische Lage gebotene, einzig zweckmäßige auswärtige Politik in der Wahrung der strengsten Neutralität besteht, welche die besten Beziehungen zu den anderen Großmächten ebenso wenig ausschließt, wie ein freundnachbarliches Verhältniß zu Frankreich.

* Die friedlichen Eroberungen Rußlands in Mittelasien dauern fort. So wird der „Voss. Ztg." aus St. Petersburg, den 15. October, berichtet, aus Ferghana sei die Nachricht eingelaufen, daß dort Abgesandte des Kojchutenstammes eingetroffen seien, um Vereinigung ihres Gebietes mit Rußland zu erbitten; in den angrenzenden Chanaten solle es fortgesetzt gähren. Dazu bemerkt das Berliner Blatt:

Ferghana wurde 1876 aus dem Chanat Khokand zu einer eigenen Provinz gebildet und dem Generalgouverneur von Turkistan unterstellt. Die Stämme der Kojchuten wohnen in Kaschgar, an welches Land Ferghana im Osten grenzt. Nachdem erst kürzlich berichtet wurde, daß in Wachanschger Irleschtum in russischen Händen sei, scheint es sich diesmal um eine weitere Ausdehnung des russischen Einflusses zu handeln, und zwar bitten die Bewohner der kaschgarischen Grenzbezirke selbst um die Einverleibung. Es ist dies ein erneuter Erfolg der klugen Politik Rußlands in Mittelasien, und in London, wo man sich am meisten für das Vorschreiten des Zarenreiches interessirt, wird man auf weitere Ueberraschungen gefaßt sein müssen. Die Meldung, daß Gährung in den angrenzenden Chanaten herrsche, läßt darauf schließen, daß auch dort die Russen zu arbeiten angefangen haben und eines schönen Tages werden wir von einer neuen Angliederung an das gewaltige Reich erfahren. Es kann sich hier nur um das Chanat Kaschgar, um Yarkand oder um Theile Afghanistans handeln, denn die sonstigen Grenzstaaten sind Rußland schon unterworfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die neuesten Vorkommnisse mit der glücklich vollendeten Reise des Fürsten Galitzin zusammenhängen, der Yarkand, Kaschgar und Kirischand durchzog. Es war wieder eine „wissenschaftliche Expedition", welche für Rußlands politische Zwecke arbeitete und dem Mutterlande bedeutende Vortheile einbrachte.

* Alle Nachrichten über die Hungersnoth im Kaukasus und das dadurch herbeigeführte Elend beruhen nach officiösen Versicherungen auf leeren Erfindungen, weil der Kaukasus eine gute Ernte gehabt hat und weil in diesem Jahre das daselbst sonst jährlich in der Gegend von Baku auftretende Fieber ausgeblieben sei. Nach den Ermittelungen der Ministercommission würden zu Entschädigungen an die durch die Mißernte und die dadurch hervorgerufene Noth betroffenen Bewohner der andern Theile des Reichs 183 Mill. Rubel erforderlich sein.

* Die Ankündigung, daß die russische Regierung alsbald nach dem Zustandekommen der neuen Anleihe ein Weizenausfuhrverbot erlassen werde, ist von Petersburg entschieden widerlegt worden. Dagegen wird jetzt dem „Oberschlesischen Anzeiger" aus Myslowitz gemeldet:

Seit einigen Tagen ist von der russischen Behörde die Ausfuhr von Kartoffeln nach Preußen verboten und vom 15. d. M. nach russischer Zeitrechnung ab (vom 28. d. M.) ist auch die Ausfuhr von Weizenmehl und Brod verboten; es ist dann nur noch das Fleischkaufen jenseits der Grenze erlaubt.

Der „Dziennik Warsz." theilt mit, daß während eines Monats, vom 27. August bis 27. September cr., über die Zollkammer Sosnowice nach Preußen fünf Mal mehr Kartoffeln ausgeführt wurden, als in derselben Zeit im vergangenen Jahre.

* Von dem Gesandten der Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien in Wien, Herrn do Amaral Valente, erhält die „Neue Freie Presse" auf Grund einer eingetroffenen officiellen Depesche folgende Mittheilung: „Die alarmirenden Gerüchte, welche jüngst über Unruhen in Brasilien und über den Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik Verbreitung fanden, sind ganz unrichtig. Im Lande herrscht vollkommene Ruhe, und das Befinden des Präsidenten, der nur an einem vorübergehenden Unwohlsein litt, ist ebenfalls befriedigend. Die erwähnten beunruhigenden Gerüchte sind ausschließlich auf Börsenmanöver und auf Ausstreuungen von der Republik feindlichen Elementen zurückzuführen, welche immer noch die Wiederherstellung des Kaiserreiches hoffen. Auch ist der Gesandte officiell zu der Erklärung ermächtigt, daß die finanzielle und wirthschaftliche Lage des Landes nicht nur in der Consolidirung, sondern auch im mächtigen Aufblühen begriffen ist, und daß die Regierung mit Zuversicht hofft, bei der Zusammenstellung des nächsten Budgets einen sehr bedeutenden Ueberschuß aufweisen zu können."

Zu den Landtagswahlen in Dresden.

* Wir empfangen vom Vorstand des Nationalliberalen Wahl-Comités in Dresden folgende Zuschrift, deren Veröffentlichung zugleich als Antwort auf die unqualificirbaren Angriffe der „Leipziger Zeitung" gegen die nationalliberale Partei in Sachsen dienen möge.

Die Behauptung Ihres geschätzten Blattes, daß an der Uneinigkeit der Ordnungsparteien in Dresden die Conservativen Schuld seien, ist durchaus zutreffend. Bei den letzten Reichstagswahlen haben mehrere conservative Führer in Dresden allerdings kluger Weise nicht officiell und schriftlich, aber in einer Form, die anständigen Leuten gegenüber jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit beseitigen mußte, zugesagt, daß sie für die erneute selbstlose Unterstützung ihrer beiden Reichstagscandidaten von Seiten der Nationalliberalen, ohne welche beide Sitze und auch der Wahlkreis Plauenscher Grund den Conservativen unbedingt verloren gegangen wären, sich dadurch dankbar zeigen würden, daß sie bei den nächsten Landtagswahlen in Dresden-Neustadt, wo ein Socialist zuletzt gewählt war, einen Nationalliberalen unterstützen würden.

Demgemäß wurde im Frühjahr der nationalliberale Reichsverein hier von den Conservativen aufgefordert, mit ihnen eine gemeinsame Wahlvorbesprechung zu halten. Dies geschah, die Conservativen erklärten aber zum größten Erstaunen der Nationalliberalen sofort, die Candidatenfrage sei schon entschieden, da „parteilose Wähler" des Wahlkreises selbst bereits Herrn Oberamtsrichter Dürisch aufgestellt hätten und man sich einem solchen Vorschlag aus dem Wahlkreise nicht wohl widersetzen könne. Uebrigens stehe Dürisch den Nationalliberalen sehr nahe. In Wahrheit lag die Sache so, daß auf Betreiben eines conservativen Polizeirathes einige wenige farblose Wähler sich für Dürisch erklärten und die Conservativen mit diesem fait accompli uns überrumpeln wollten. Daß die Sache längst vorbereitet war, ist ohne Zweifel. Denn schon im Herbst 1890 ließ sich Dürisch angeblich aus Gesundheits- und Amtsrücksichten nicht wieder zum Stadtverordneten-Vicevorsteher wählen, thatsächlich, wie ihm befreundete Rathsmitglieder versicherten, weil man ihn schon damals für die Landtagscandidatur reserviren wollte. Auch stand Dürisch den Nationalliberalen durchaus nicht besonders nahe, sondern ist längst Mitglied des conservativen Vereins. Das ganze Vorgehen der Conservativen war also ein lange vorbereiteter, scheinbar aber unfreiwilliger Bruch der gegebenen Zusage.

Man vergleiche damit die Bereitwilligkeit, mit der die Nationalliberalen den Conservativen einen ihrer Leipziger Sitze einräumten (Fritzsche), obgleich die Conservativen in Leipzig allein in keinem Wahlkreise etwas hätten erreichen können. Nun weiter. Die Dresdner Nationalliberalen konnten sich dieses einseitige abmachungswidrige Vorgehen nicht gefallen lassen, wenn sie nicht überhaupt auf jede Selbstständigkeit für immer verzichten wollten. Als sie dies in maßvoller Weise erklärten und vor dem Bruche warnten, waren viele conservative Vorstandsmitglieder geneigt, ihr Versprechen zu halten. Die Partei der Unnachgiebigen, die in der Hauptsache von dem bekannten Dr. Mehnert, der selbst den Nationalliberalen den Döbelner Wahlkreis, im Widerspruche mit den Cartelverabredungen, entrissen hatte und dem Hoflieferanten Richter geführt wurden, siegte jedoch im Dresdner Conservativen Verein und damit zerschlugen sich die Verhandlungen. Als dann die Nationalliberalen die sehr aussichtsvolle Candidatur Collenbusch aufstellten, setzten conservative Herren dem Letzteren so lange zu, bis er — wir müssen sagen leider, denn ohnedies wäre es sicher noch zum Siege der Ordnungsparteien in Dresden-Neustadt gekommen — zurücktrat. Er that dies nur, weil man ihm einredete, die Candidatur Dürisch werde von allen Parteien unterstützt. Und dabei hatte man sich noch nicht einmal versichert, ob Dürisch auch die Candidatur annehmen würde. Es ist wohl als ein Zeichen der Bestrebung unserer Staatsregierung für die Erhaltung der Einigkeit der Ordnungsparteien anzusehen, daß Herrn Oberamtsrichter Dürisch von höherer Seite nahe gelegt wurde, zurückzutreten. Dies geschah angeblich wieder aus Gesundheitsrücksichten thatsächlich, weil die Genehmigung der vorgesetzten Behörde zur Annahme der Wahl in Zweifel stand.

Nun, allermindestens wäre es Pflicht der Conservativen gewesen, die gestörte Einigkeit nun wieder anzubahnen und von 5 Landtags- und 2 Reichstagssitzen in einem, und zwar dem unsichersten Landtagssitze für die befreundete Partei einzutreten. Statt dessen stellten sie, ohne die Nationalliberalen auch nur zu fragen, einen neuen Candidaten, Herrn Commissionsrath Reichardt auf, der sich zwar als „parteilos" bezeichnete, von allen Conservativen aber selbst als ihr Candidat angesehen wurde und es auch war. Dieses einseitige Vorgehen und die stete Geringschätzung, die man den Nationalliberalen gegenüber ihrer angeblich geringen Zahl wegen zur Schau trug, machten es letzteren unmöglich, in Dresden weiterhin mit den Conservativen zusammenzugehen und zwangen sie, den früheren Verbündeten mindestens einmal ziffernmäßig vor Augen zu führen, daß die Nationalliberalen durchaus nicht unbedeutend an Zahl und ihre Mitwirkung aber auch eine bescheidene Rücksicht auf sie, den Conservativen, durchaus nöthig sei. Um aber trotzdem einen socialistischen Sieg zu verhindern, beschloß man, diese den Nationalliberalen geradezu aufgezwungene Kraftprobe in Dresden-Altstadt und nicht in Neustadt vorzunehmen, weil die Neustadt durch die Socialisten sehr gefährdet war, die Altstadt letzteren jedoch, wenn es bei einem Conservativen, einem Nationalliberalen und einem Socialisten blieb, kaum in die Hände fallen konnte, da dort der Socialist bei den letzten Wahlen kaum $1/6$ der Stimmen erhalten hatte. Daß trotzdem es immerhin zu einer Stichwahl kam, ist nicht Schuld der Nationalliberalen, sondern der Partei „Hartwig", die erst wenige Wochen vor der Wahl einen vierten Candidaten aufstellte. Die „Leipziger Zeitung" rechnet nun dessen Stimmen als antisemitische den Conservativen zu. Ei, warum schimpft denn dann diese Zeitung nicht viel mehr auf diese conservativ-antisemitische Sondercandidatur, warum hat sie und die „Dresdener Nachrichten" kein Wort des Tadels gegen das Sondervorgehen der Partei „Hartwig", besonders nachdem die antisemitische Reformpartei Herrn Wetzlich officiell für ihren Candidaten erklärte und nicht Herrn Hartwig.

Wer hat wohl mehr die Stichwahl herbeigeführt, die kaum 900 Nationalliberalen oder die 1700 Hartwigianer, die einen vierten Candidaten aufstellten, blos aus rein persönlichen Beweggründen, da Herr Hartwig nicht das Geringste versprach, was nicht die beiden anderen Ordnungscandidaten versprochen hätten. Wo bleibt aber auch der Tadel der „Leipziger Zeitung" gegen die Leipziger antisemitische Sondercandidatur? Ja, Bauer, das ist ganz was anderes! Die von dem officiösen Regierungsorgan verhätschelten Antisemiten mußten geschont werden, aus conservativen Parteirücksichten. Die Nationalliberalen aber, denen man ein Zusammengehen in Dresden mit den Conservativen geradezu unmöglich machte, die werden in dem Augenblicke beschimpft, wo man ihrer Hilfe mehr als je bedarf. Denn man täusche sich nicht. Die Stimmen, die für Hartwig abgegeben wurden, werden leider bei der Stichwahl nur zum Theil dem Candidaten der Ordnungsparteien zufallen, denn in diesen Kreisen ist eine solche persönliche Gereiztheit gegen die hiesige conservative Parteileitung zu finden, daß wir fürchten, es wird sich mancher Hartwigianer bei der Stichwahl der Stimmabgabe mindestens enthalten.

So war der wahre Hergang der Sache in Dresden-Stadt. Wie war es aber im Neustädter Landkreise? Dort war durchaus kein conservativer Besitzstand vorhanden, denn man will doch nicht behaupten, daß, wenn zwei Parteien bisher für einen Sitz einen Candidaten der einen Partei wählten, es nun selbstverständlich sei, daß bei zwei Sitzen nun die eine verbündete Partei alle beide, die andere nichts erhalte.

Außerdem war die Theilung dieses Kreises nur dadurch möglich geworden, daß zwei Leipziger Kreise, deren einer den Nationalliberalen gehörte, zusammengelegt wurden.

Würde den Nationalliberalen also der Dresden-Neustädter-Landkreis überlassen, so wäre nur, dem Cartell entsprechend, denselben für einen durch Zusammenlegung verlorenen Sitz ein durch Theilung neu geschaffener Sitz gegeben worden. Statt dessen wurden die Nationalliberalen bei der Aufstellung des Candidaten gar nicht gefragt von den Conservativen, und als sie Dr. Kolbe dann zuerst aufstellten, nachdem sich die Conservativen lange über ihren Candidaten nicht einigen konnten, wurde dies ihnen wieder zum schweren Vorwurfe gemacht; obgleich der conservative Vereinsvorsitzende, Graf Holtzendorff, selbst erklärte, er würde in ähnlichem Falle wie Dr. Kolbe auch nicht wieder zurückgetreten sein, und obgleich man thatsächlich Dr. Kolbe von conservativer Seite selbst gern als Candidat genommen hätte, wenn er, einem Landtagssitz zu Liebe, aus seiner Partei aus- und in die conservative eingetreten wäre.

Trotzdem waren wieder die Nationalliberalen zur Versöhnung bereit und ihr Sprecher, Herr Handelskammersecretair Schulze, erklärte, sofort auf den Vorschlag des conservativen Herrn Grafen Vitzthum unbedingt eingehen und Dr. Kolbe fallen lassen zu wollen, wenn man ein gemeinsames Wahlcomité aus beiden Parteien bilde. Die Conservativen lehnten dagegen in ihrer Mehrheit diesen Vermittelungsvorschlag ihres eigenen Parteigenossen rundweg ab und hielten an ihrer später aufgestellten, von vielen der übrigen durchaus nicht für aussichtsvoll angesehenen Sondercandidatur Seidel fest.

Wer hat also hier versöhnlich und wer unversöhnlich gehandelt? Nach der „Leipziger Zeitung" haben aber natürlich auch hier die Nationalliberalen allein die Schuld, daß keine Einigkeit sich erzielen ließ. Auch hier war es nur die Ueberhebung der conservativen Parteileitung, deren Haupt sofort erklärte, als früherer Officier stehe und falle er mit dem von ihm vorgeschlagenen Candidaten. Fragte man die Nationalliberalen doch höhnisch, wo ihre Organisation sei, und that, als ob sie ein ganz kleines Häufchen wären. Dieses Verhalten hat selbst in conservativen Kreisen die größte Mißstimmung hervorgerufen, war doch der Vorsitzende des Kolbe'schen Wahlcomités, Herr Weber, selbst Mitglied des conservativen Vereins, und der conservative Vertrauensmann in Striesen war so sehr wie irgend ein Nationalliberaler gegen die Candidatur seines eigenen Partei- und Ortsgenossen Seidel. Das Alles verschweigt aber das unparteiische (?) Regierungsorgan wohlweislich.

Wie gewisse Conservative noch immer über die „befreundete" Partei denken, zeigt die Rede des Grafen Holtzendorff in einer Wahlversammlung, wo er erklärte, die Nationalliberalen hätten ja Deutschland unter Preußens Führung gebracht, aber im Landtag sollen sie sich nicht „breitmachen". Uebrigens hätten die Conservativen auch ohne die nationalliberale Candidatur den 24. Wahlkreis kaum erhalten. Denn ohne solche wäre ohne Zweifel ein Fortschrittler aufgestellt worden, und da für Herrn Seidel in weiten Kreisen der Bevölkerung keine Stimmung zu machen war, wären dem Fortschrittler wohl ohne Zweifel soviel Stimmen zugefallen, daß auch dann der Socialist gesiegt hätte. Oder haben die Conservativen etwa den Dresden-Altstädter Landkreis und den des Plauen'schen Grundes, in welchen sie von den Nationalliberalen treu unterstützt wurden, nicht auch an die Socialisten verloren?

Die Drohung der „Leipziger Zeitung" schließlich, daß bei Bruch des Cartells die Nationalliberalen wie in Baden viele Sitze einbüßen würden, ist charakteristisch für das officiöse Organ der sächsischen Regierung. Man sollte doch lieber an das Zusammengehen von Ultramontanen und Demokraten mit den Conservativen in Baden gegen die verhaßten Nationalliberalen nicht erinnern. Auch glauben wir, daß bei Bruch des Cartells in Sachsen wie in Baden die Partei am meisten verlieren würde, die am meisten zu verlieren hat oder am meisten besitzt. Das sind aber in Sachsen nicht die Nationalliberalen, sondern die Conservativen.

Soeben geht uns von derselben Seite folgendes Telegramm zu: „Die entschiedene Erklärung der Nationalliberalen für den conservativen Candidaten Wetzlich erfolgt sofort, nachdem der Termin der Stichwahl officiell angeordnet ist."

Socialisten-Congreß in Erfurt.

Erfurt, 16. October. In der heutigen Sitzung des Socialistentages vertheidigten Auerbach-Magdeburg, Dr. Lutz-Magdeburg, Wildberger-Berlin und Werner-Berlin die Haltung der Opposition. Wildberger erklärte, er werde vor der von Bebel beantragten Commission zur Entscheidung über den Conflict nicht erscheinen, er wolle die socialistischen Abgeordneten nicht nennen, die ihm Mittheilung von den Thatsachen gemacht haben, welche in dem Flugblatt der Opposition enthalten waren. Alle Mitglieder der Opposition seien bereit, aus der Partei auszutreten. Fischer-Berlin warf der Opposition anarchistische Tendenzen vor, die erwiesen seien. Dr. Lutz verkehre mit anarchistischen Elementen, correspondire aber gleichzeitig für den „Reichsboten". Auer forderte Widerruf seitens der Opposition, verlangte jedoch, daß zu der Redaction desselben der gesammte Vorstand der Partei zugezogen werden müsse.

Erfurt, 16. October. Socialistentag. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde beschlossen, dem Vorstande der Partei ein Vertrauensvotum zu ertheilen. Ferner wurde der Ausschluß der Mitglieder der Opposition verlangt und eine aus 9 Mitgliedern bestehende Commission zur Prüfung der Anklagen der Opposition eingesetzt. Molkenbuhr berichtete sodann über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraction und gab seiner Freude Ausdruck, daß die arbeitenden Classen durch die Besserung der Verhältnisse kampffähiger geworden seien. Bebel sprach über die Taktik der Partei, welche dieselbe bleiben müsse, wie bisher. Der Redner wies gegenüber den Ausführungen Vollmar's, welche auf eine Versumpfung hinarbeiteten, darauf hin, daß die Socialdemokratie sobald wie möglich auf Erlangung einer politischen Macht bedacht sein müßte. Die politischen Gegner dürften bei den Wahlen nicht mehr unterstützt werden, es müßten überall eigene Candidaten aufgestellt werden. Bebel wandte sich im Laufe der Rede auf das Heftigste gegen die Opposition.

Erfurt, 16. October. Schmalfeld, der erste Redner, verurtheilt zwar die Opposition, warnt aber vor dem Tischtuchzerschneiden. Mit Dekreten ließen sich die Schäden nicht heilen. Die öffentliche Meinung müsse sie überwinden. Die Rede Schmalfeld's (Bismarck's Gegencandidat) machte offenbar einigen Eindruck. Schmalfeld klagt auch die Parteileitung wegen der Geestemünder Wahl an. Der Vorstand hätte geschrieben, Bismarck's Wahl sei doch im ersten Gang gesichert; man solle sich nicht allzu sehr anstrengen. Das habe verschnupft. Auer erwidert, man habe nur vor Sanguinismus gewarnt. Der Wahlkreis war nicht zu erobern.

Nach diesem Intermezzo spricht Auerbach unter großer Unruhe. Mit Ihren Vorwürfen von Feigheit und Erbärmlichkeit, sagt er, werden Sie uns nicht zu Dummheiten verleiten. (Gelächter und Zwischenrufe.) Unsere Opposition ist sachlich. Wie könne man uns vorwerfen, daß Werner nach dem Parteitage von Halle noch eine Rolle spiele? Geillenberger mit seiner Verherrlichung Kaiser Friedrichs (Fränk. Tagespost) stände im possibilistischen Lager. Wer für die Socialdemokratie nicht voll sei, bleibe draußen. (Erneute Unruhe.) Opposition gebe es überall in der Socialdemokratie; nur die Berliner sollen hingerichtet werden; sie sollen ein Schreckgespenst für Deutschland sein. Mit einer Ausschließung der Berliner Opposition werde eine ewige Guillotine errichtet. Was heute Wildberger und Werner erfahren, können morgen Müller und Schulze erfahren. In das anarchistische Lager werde man auch die ausgeschlossenen Opponenten nicht drängen.

Lutz (Magdeburg) erklärt, nicht zur Opposition zu gehören; aber er weist die Vorwürfe zurück, daß in die Magdeburger Partei und die Zeitung „Volksstimme" anarchistische Elemente dringen.

Kifold (Berlin) meint, die Opposition thue heute und gestern zahm und unschuldig. In Berlin müsse man aber die Leute studiren, und die Berliner Genossenschaft hat das stärkste Interesse daran, endlich aufzuräumen.

Lande (Elberfeld) schlägt vor, nicht die Opposition auszuschließen; die Untersuchungscommission solle vielmehr prüfen, ob einzelne Opponenten parteischädlich seien, und diese eventuell ausweisen.

Wildberger (von ironischen Zurufen häufig unterbrochen) bestreitet, den Parteivorstand ursächlich angegriffen. Seine Anklagen habe er durch Vermittlung zweier Abgeordneten erhalten. Sein Ehrgefühl verbiete ihm, sie zu nennen. Wolle man ein Opfer, so nehme man ihn, nicht aber seine beiden Gewährsmänner. Vor einer anklägerischen Commission aber werde er persönlich nicht erscheinen.

Werner spricht in großer Emphase: Zu Anarchisten werden Sie uns nicht stempeln!

Ulrich (Offenbach) meint, es sei eine Untersuchungscommission jetzt bereits überflüssig. Fort mit aller Wieserei. (Anspielung auf Werner's Freund, den Berliner Arbeiter Wieser.)

Fischer bleibt dabei, daß unter die Opposition anarchistische Elemente sich mengen. Beweis dessen sei, daß mit der „Volkstribüne" zugleich die „Autonomie" verbreitet worden.

Werner: Das ist nicht wahr! Fischer muß hierin seinen Irrthum eingestehen. Werner schreit: Ist solche Kampfesweise nicht unerhört?

Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen der Opponenten erhält Referent Auer das Schlußwort. Er führt aus, daß ein Kriegsfonds gegen die Partei gegründet worden sei, daß also das Ableugnen einer organisirten Opposition lächerlich wäre.

Musik.

* Sprechzeit: Montag und Donnerstag Vormittag von 9—10 Uhr, die übrigen Tage von 10—11 Uhr im Redactionslocal des „Leipziger Tageblattes".

Neues Theater.

Leipzig, 17. October. Wie ein Legendenbild, anmuthig und kraftvoll muthet uns Méhul's Meisterwerk „Joseph in Egypten" an. Da stehen sie die Gestalten, welche einst unsere Phantasie so lebhaft umfaßten, der ehrwürdige Jacob, der um seinen verlorenen Sohn klagt, der rührende Benjamin, die einzige Stütze, der einzige Trost des erblindeten Greises, und auf der anderen Seite, welch dramatische Wirkung! die von furchtbaren Gewissensbissen gepeinigten „Brüder", in ihrer Mitte der in tiefster Reue vergehende Simeon, der weit des Vaters Antlitz flieht, dessen Anblick ihm unerträglich, an ihrer Spitze der Erstgeborne Ruben, dem die Verantwortung über die am Bruder verübte Schandthat schwer auf der Seele lastet. Selten gelang es auf der Opernbühne wirkungsvollere Gegensätze darzustellen als diese, und der tiefe Eindruck der Handlung leidet auch nicht darunter, daß wir ihren Inhalt schon seit unserer Kindheit kennen. Aber nur ein Meister musikalischer Seelenmalerei durfte sich mit seiner Kunst dem schönen Stoffe nahen. Man denke sich denselben mit moderner musikalischer Farbe ausgeschmückt, müßte nicht eine possenhafte Wirkung entstehen? Nur ein bibelgläubiges Gemüth, nur eine Hand, die sich gänzlich der realistischen Wirkung versagte, konnte sich in diesen Stoff vertiefen, ihn in seiner ganzen schlichten Größe darstellen. Und Méhul war ein solch seltener Meister! Mit der Innigkeit des gläubigen Herzens schlingt er um die ehrwürdigen Gestalten die Blumengewinde seiner Melodien; er klagt mit Jacob, weint mit Simeon, leiht den Unschuldslauten Benjamin's die rührendsten Töne, weiß Joseph's Gefühle in ergreifender Weise zum Ausdruck zu bringen. Die Musik ist nicht dramatisch im opernhaften Sinne, aber doch unendlich wirkungsvoll; wenn man sie biblisch nennt, trifft man vielleicht das Richtige, sie ist schlicht und groß wie die Stimmungen des Buches aller Bücher.

Das Werk bietet tüchtigen Darstellern wahrhaft monumentale Aufgaben, vor allem dem des Patriarchen Jacob, des stolzen vornehmen Joseph, des verzweifelten Simeon. Herr Demuth hat in wahrhaft ergreifender Weise die rührende Gestalt des Jacob uns vorgeführt. Schon seine Erscheinung war ein Bild menschlicher Größe, sein Gesang vervollständigte den herrlichen Eindruck, schlicht und innig nahm er ganz das Herz des Hörers gefangen. Herr de Grach war leider nicht so disponirt, daß er ohne Störungen seine schöne Aufgabe hätte ausführen können, immerhin war sein Joseph eine treffliche Leistung mit prächtigen Vorzügen, zu denen namentlich das ausgezeichnete Spiel zu rechnen ist. Herrn Schelper's Simeon ist allen Musikfreunden Leipzigs als eine Großthat künstlerischer, treffender Charakteristik bekannt. Der Künstler leiht der Verzweiflung über die auf Simeon's Herzen ruhende Schuld erschütternde Töne, und man empfindet die endliche Erlösung von der Qual wie eine Erlösung des eigenen Gefühls.

Ganz rührend schön stellte Frau Porst den Benjamin dar — es war, als ginge die Sonne in der Dunkelheit der Handlung auf, wenn der holde Knabe erschien. — Frau Porst hat sich wieder einmal Aller Herzen erobert.

Von den übrigen Mitwirkenden sind zu nennen die Herren Marion, Greiner, Knüpfer, Wittekopf, Neldel, Degen, die allerdings keine Gelegenheit zum Hervortreten haben. Ueberaus klangschön und tüchtig spielte das von Herrn Capellmeister Paur geleitete Orchester, ausgezeichnet war auch die Inscenirung, ein Werk des Herrn Oberregisseur Goldberg.

In der dem Méhul'schen Werke ganz überflüssig als Zugabe zugesellten Mascagni'schen Oper sang aus irgend welchem Grunde nicht Herr Merkel, sondern Herr Marion den Turiddu. Die Schlagfertigkeit des trefflichen Künstlers glänzte wieder einmal hell — nicht nur erfaßt er den dramatischen Gehalt seiner Partie besser als alle Vorgänger, sondern sang auch in so trefflicher Weise, daß keiner der Theaterbesucher ob des Wechsels gegrollt haben mag. Diese Oper dirigirte frisch und energisch Herr Capellmeister Porst.

M. Krause.

Die neuen Vorsitzenden der Concertdirection.

K.Wh. Bereits am Freitag hat eine Sitzung der Concertdirection (des Gewandhausinstituts) stattgefunden, um zur Wahl eines Vorsitzenden an Stelle des durch jähen Tod ausgeschiedenen Consuls Limburger zu verschreiten. Die Wahl war eine ehrenvoll einhellige, wie verlautet. Das Ergebniß war das in musikalischen Kreisen vorausgesehene und erwünschte, die Stimmen vereinigten sich auf den Namen des verehrten Directors unseres königlichen Conservatoriums der Musik, Stadtrath a. D. Dr. jur. Otto Ferdinand Günther, Mitglied der Concertdirection seit 1876 und stellvertretender Vorsitzender derselben. Diese Wahl wird nicht verfehlen, den besten Eindruck in musikalischen Kreisen unserer Stadt hervorzubringen, da sie die sichere Bürgschaft einer erprobt gesinnungsvollen, an den classischen Ueberlieferungen des berühmten Instituts festhaltenden, geschäftseifrigen und geschäftskundigen, thatkräftigen, humanen Leitung darbietet. Die herzlichsten Glückwünsche, die schönsten Verheißungen dazu! Dr. Günther's schönste und beglückendste Jugenderinnerungen reichen in die glanz- und ruhmvolle Mendelssohn'sche Epoche zurück. — Unsere Freude über diesen Ausfall der Wahl ist um so lebhafter, als es uns bekannt geworden war, daß der so einhellig Gewählte, namentlich mit Rücksicht auf das ihm bereits seit einem Jahrzehnt obliegende und fast seine ganze Kraft in Anspruch nehmende, so lieb gewordene Ehrenamt an der Spitze des Directoriums des Conservatoriums eigentlich vorher sich nur ablehnend ausgesprochen hatte.

SLUB
Wir führen Wissen.